

ZWISCHEN VISION UND WIRKLICHKEIT

**Die Wahrnehmung der Zeitenwende
in der deutschen Bevölkerung**

**Tobias Spöri
Jan Eichhorn**

Danksagung

Wir möchten uns für den Auftrag und die gute wie produktive Zusammenarbeit mit der „Aktionswerkstatt Zeitenwende“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) bedanken, insbesondere bei Benjamin Tallis, Jannik Hartmann und Julian Stöckle.

Dank geht auch an unsere Kolleg*innen Lea Gronenberg, Neele Eilers und Sascha Nicke für ihre Unterstützung bei diesem Forschungsbericht.

Veröffentlicht im September 2024

© d|part. Skalitzer Straße 33, 10999 Berlin, Deutschland

Diese Veröffentlichung ist auf der Projektwebsite als PDF verfügbar und steht unter einer Creative-Commons-Lizenz, die das Kopieren und Verteilen der Veröffentlichung in ihrer Gesamtheit erlaubt, sofern sie d|part zugeschrieben wird und für nicht-kommerzielle Bildungs- oder öffentliche Zwecke verwendet wird. Grafiken dürfen ohne Zustimmung nicht separat von der Veröffentlichung verwendet werden.

Inhaltsverzeichnis

	<u>Zusammenfassung</u>	4
	<u>Executive Summary</u>	5
1	<u>Einleitung: Was bleibt vom Ausrufen der Zeitenwende?</u>	6
2	<u>Studiendesign</u>	8
3	<u>Sorgen, Ängste und zentrale Themen für die Bevölkerung im Kontext der Zeitenwende</u>	10
4	<u>An der Bevölkerung vorbei? Zur öffentlichen Wahrnehmung der Zeitenwende</u>	13
5	<u>Politische Präferenzen und Wünsche der Bevölkerung für die deutsche Außenpolitik</u>	19
6	<u>Fazit: Die öffentliche Resonanz auf die Zeitenwende zwischen Sorgen, Unsicherheit, Misstrauen und verfehlter Kommunikation</u>	27
	<u>Bibliographie</u>	31
	<u>Autoren</u>	33

Zusammenfassung

Diese Studie zur deutschen Außenpolitik im Kontext der Zeitenwende bietet ein umfassendes Bild über die entsprechende öffentliche Wahrnehmung in Deutschland. Dabei werden unter anderem die Unterschiede zwischen der allgemeinen Öffentlichkeit und einer in außenpolitischen Fragen engagierten Öffentlichkeit herausgearbeitet. Letztere setzen sich vielfach beruflich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen auseinander oder haben zumindest ein dezidiertes Interesse daran.

Viele Menschen in Deutschland empfinden außen- und sicherheitspolitische Themen als abstrakt und fern ihrer Lebensrealität. Bei vielen herrscht Unwissen und unklare Vorstellungen darüber, was die von Olaf Scholz 2022 verkündete Zeitenwende tatsächlich bedeutet. Die engagierte Öffentlichkeit führt dieses Unwissen in der Bevölkerung auf eine unzureichende Kommunikation der strategischen Ziele und die mangelnde Einbindung der Bevölkerung zurück.

Die Wahrnehmung der Zeitenwende wird von einem hohen Maße an Pessimismus, Unsicherheit, Kriegsängsten und ökonomischen Sorgen geprägt. Die Bevölkerung misstraut der Regierung und zweifelt an der Umsetzbarkeit tiefgreifender Veränderungen. Diese Skepsis wird durch Krisenmüdigkeit und Unzufriedenheit mit dem vergangenen Krisenmanagement verstärkt.

Im Gegensatz dazu fordert die engagierte Öffentlichkeit eine klarere strategische Ausrichtung der Außenpolitik. Sie kritisiert die mangelnde Handlungsfähigkeit Deutschlands und der EU, was vor allem auf eine unzureichende militärische Ausstattung und eine fehlende einheitliche Position gegenüber Russland und China bezogen wird. Eine aktivere Rolle Deutschlands wird als notwendig erachtet.

In der allgemeinen Bevölkerung gibt es weniger Konsens bei außenpolitischen Themen. Während eine Zusammenarbeit mit internationalen Partner*innen als wichtig angesehen wird, zeigt sich bei der Ukraine-Unterstützung eine ambivalente Haltung, die von Sorgen vor einer militärischen Eskalation geprägt ist.

Außenpolitische Herausforderungen werden von der allgemeinen Bevölkerung nicht isoliert von innenpolitischen Problemen betrachtet. Viele priorisieren Investitionen in Bildung und Infrastruktur über eine aktivere Außenpolitik, im Gegensatz zur engagierten Öffentlichkeit, die mehr Investitionen in die Außen- und Sicherheitspolitik fordert.

Die geringe Resonanz der ausgerufenen Zeitenwende in der allgemeinen Bevölkerung resultiert aus dem hohen Maß an Unsicherheiten, vergangenen Krisenerfahrungen und dem weit verbreiteten Misstrauen gegenüber der Regierung und ganz generell der Politik. Zudem wurde die Bedeutung der Zeitenwende bisher nicht ausreichend bzw. auf eine Art vermittelt, die bei einem großen Teil der Bevölkerung ankommt, weil unter anderem die Verknüpfung zur innenpolitischen Lage in Deutschland fehlt.

Die Studie basiert auf Fokusgruppen und Umfragedaten und bietet ein umfassendes Bild über die öffentliche Meinung zur Zeitenwende in Deutschland. Sie kombiniert Erkenntnisse aus zwölf Fokusgruppen mit den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage in acht EU-Mitgliedstaaten, darunter Deutschland.

Executive Summary

This study on German foreign policy in the context of the „Zeitenwende“ (turning point) provides a comprehensive view of public perception in Germany. It highlights differences between the general population and a more engaged public, the latter often being professionally involved in foreign and security policy matters or having a strong interest in them.

Many people in the general population perceive foreign and security policy as abstract and distant from their daily lives. There is a lack of knowledge and unclear ideas about what the „Zeitenwende“ announced by Olaf Scholz in 2022 actually means. The engaged public attributes this lack of understanding to insufficient communication of strategic goals and the lack of public involvement.

The perception of the „Zeitenwende“ is shaped by pessimism, uncertainty, war, and economic concerns. A significant portion of the general population mistrusts the government and questions whether meaningful changes can truly be implemented. This skepticism is reinforced by crisis fatigue and dissatisfaction with past crisis management.

In contrast, the engaged public calls for a clearer strategic direction in foreign policy. They criticize the lack of action by Germany and the EU, particularly regarding military capacity and a united stance towards Russia and China. A more active role for Germany on the international stage is seen as necessary.

There is less consensus within the general population on foreign policy issues. While cooperation with international partners is viewed as important, there is ambivalence regarding support for Ukraine, driven by fears of military escalation.

The general public does not view foreign policy challenges in isolation from domestic issues. Many prioritize investments in education and infrastructure over a more active foreign policy, in contrast to the engaged public, which calls for greater investment in foreign and security policy.

The limited resonance of the „Zeitenwende“ among the general public stems from widespread uncertainty, recent experiences of multiple crises, and mistrust towards political leaders. Moreover, the communication of the „Zeitenwende“ has failed to adequately convey its significance, partly because the connection to domestic concerns is missing.

The study is based on focus groups and survey data and provides a comprehensive picture of public opinion on the „Zeitenwende“ in Germany. It combines insights from twelve focus groups with the results of a representative survey conducted in eight EU member states, including Germany.

1 Einleitung: Was bleibt vom Ausrufen der Zeitenwende?

Drei Tage nach dem russischen Angriff auf die Ukraine erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz in seiner historischen Rede im Bundestag am 27. Februar 2022, dass diese Invasion der Ukraine eine epochale Zeitenwende und eine fundamentale Kehrtwende in der deutschen Verteidigungs-, Wirtschafts- und Energiepolitik darstellt. Scholz machte klar, dass Deutschland den Herausforderungen der neuen Zeit nur durch einen massiven Kurswechsel gerecht werden kann. In seiner Rede hob Scholz hervor, dass die Zeitenwende dabei nicht nur sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen umfasst, sondern weit darüber hinausgeht. Sie betrifft ebenso die Wirtschafts-, Handels-, Energie- und Klimapolitik und wirkt sich auch auf den Wirtschaftsstandort Deutschland aus, etwa bei der Digitalisierung, der öffentlichen Infrastruktur und der Bürokratie.

Um für die anstehenden Herausforderungen gut gerüstet zu sein, hob Scholz die Notwendigkeit hervor, Deutschlands Verteidigungsfähigkeit maßgeblich zu stärken. Dazu zählt die deutliche Erhöhung des Verteidigungsetats – mehr als zwei Prozent des BIPs – sowie ein Sonderetat von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr.

Durch die ausgerufene Zeitenwende wurde auch das jahrelange Credo der deutschen Außenpolitik, „Wandel durch Handel“ offen hinterfragt, das darauf abzielte, durch wirtschaftliche Beziehungen mit anderen Staaten dort auch politische Veränderungen herbeizuführen. Stattdessen forderte Scholz, dass Deutschland eine härtere Haltung gegenüber Russland und anderen autoritären Staaten einnehmen und die Abhängigkeiten von diesen Staaten zum Schutz der eigenen Volkswirtschaft minimieren muss. Neben diesem angestrebten geökonomischen Kurswechsel sollte im Zuge der Zeitenwende in der deutschen Außenpolitik die Bedeutung der Stärkung der Demokratie weltweit sowie die Zusammenarbeit in der Europäischen Union und der NATO intensiviert werden. Nur im Zusammenspiel der zuvor skizzierten Faktoren sei es möglich, die geopolitische Stellung Deutschlands neu zu definieren und auf die Bedrohungen einer sich wandelnden globalen Ordnung angemessen reagieren zu können.

Die vom Bundeskanzler ausgerufene Zeitenwende wurde medial stark aufgegriffen, in öffentlichen Debatten vielfach diskutiert und in einer Reihe von Studien und Kommentaren aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet (siehe unter anderem Baus 2022, Blumenau 2022, Bunde 2022, Dellheim 2023, Hüther et al. 2023, Kaim & Kempin 2024, Krebs 2023, Mello 2024, Tallis 2024, Wolff et al. 2024). Können wir deswegen aber davon ausgehen, dass die Zeitenwende ebenso prägnant im Denken der Menschen in Deutschland angekommen ist?

Gab es eine Zeitenwende in der öffentlichen Meinung in Deutschland?

In der Debatte über die Zeitenwende wird immer wieder darauf hingewiesen, dass es unter anderem auch entscheidend ist, „die Bevölkerung mitzunehmen“ (Pistorius 2023). Die Anzahl der Studien, die sich gezielt mit der öffentlichen Meinung zur Zeitenwende in Deutschland befassen und dadurch zu einem besseren Verständnis der Einstellungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung beitragen können, ist jedoch nach wie vor sehr begrenzt.

Eine der wenigen Studien, die sich damit befasst hat, ist „Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen?“ von Timo Graf (2024). Unter anderem zeigen die Ergebnisse, dass die

Bevölkerung in Deutschland mehrheitlich der Forderung nach mehr Unabhängigkeit von russischem Gas zustimmt und Deutschland die wirtschaftlichen Beziehungen mit Russland einschränken sollte (Graf 2024, 12).

Mader und Schoen (2023) stellen ergänzend fest, dass es nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine und der Rede von Olaf Scholz zu einer Veränderung bei bestimmten Sachfragen in der deutschen Öffentlichkeit gekommen ist, die eng mit der Invasion verbunden sind - unter anderem in Bezug auf die Erhöhung von Verteidigungsausgaben oder die Position zur Annexion der Krim. Grundsätzliche Haltungen in der Bevölkerung zu Außen- und Sicherheitspolitik blieben aber größtenteils unverändert. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass „bisher keine Zeitenwende auf der Ebene der öffentlichen Meinung stattgefunden hat“ (Mader & Schoen 2023, 526).

Ähnliche Ergebnisse finden sich auch bei Dienes und Katsioulis, die festhalten, dass die öffentliche Meinung in Deutschland „weiterhin an Pragmatismus und Pazifismus festhält“ (Dienes & Katsioulis 2022, 2). Für einen Großteil der Bevölkerung in Deutschland hat der Frieden in Europa eine hohe Priorität. Zudem wird in einer weiteren Studie der Autor*innen festgehalten, dass die Zeitenwende in einer Phase der großen Umbrüche und Krisen stattfindet. So stellen die Autor*innen fest, dass die Sorgen der Menschen grundsätzlich vielfältig sind und neben der wachsenden Sorge vor Kriegen und Konflikten auch eine zunehmende Angst vor Wirtschaftskrisen, Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten vorhanden ist (Dienes et al. 2023, 4).

2 Studiendesign

Die eben skizzierten Studien zur öffentlichen Meinung in Deutschland zur Zeitenwende basieren alle auf repräsentativen Meinungsumfragen. Der für diese Studie gewählte methodische Ansatz basiert hingegen vorwiegend auf qualitativen Fokusgruppen. Fokusgruppen ermöglichen es, tiefergehende Einblicke in die Wahrnehmung der Teilnehmenden zu gewinnen und komplexe Motive und Einstellungen besser zu verstehen. Diese können standardisierte Umfragen oft so nicht vollständig erfassen. Durch die Gruppendiskussion entsteht häufig eine dynamische Interaktion, bei der die Teilnehmenden aufeinander reagieren. So kann festgestellt werden, wie die Teilnehmenden auf unterschiedliche Argumente und Positionen reagieren und inwiefern sie ihre Haltung davon beeinflussen lassen.

Im Rahmen der „Aktionswerkstatt Zeitenwende“ der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) hat d|part deshalb zwischen dem 1. März und dem 30. April 2024 jeweils sechs Fokusgruppen mit der allgemeinen Bevölkerung sowie einer engagierten Öffentlichkeit in Stuttgart, Hamburg, München, Magdeburg, Berlin (Umland) und Düsseldorf durchgeführt. Insgesamt fanden zwölf Diskussionen statt, an denen etwa 70 Teilnehmende beteiligt waren. Die Gruppen der allgemeinen Bevölkerung waren in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz durchmischt.

Die Gruppen der engagierten Öffentlichkeit wurde nach dem Prinzip der Selbstrekrutierung ausgewählt. Da die Fokusgruppen im Rahmen der öffentlichen Veranstaltungsreihe „Zeitenwende vor deiner Haustür“ der „Aktionswerkstatt Zeitenwende“ der DGAP stattfanden, wurde Teilnehmende der öffentlichen Diskussionsveranstaltung zu den Fokusgruppen eingeladen. Dabei wurde auf ein Gleichgewicht der Geschlechter geachtet. Die Gruppe der engagierten Öffentlichkeit setzte sich meist aus Personen zusammen, die sich vielfach beruflich mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen auseinandersetzen oder zumindest ein dezidiertes Interesse an beiden Politikfeldern haben. Deshalb wird sie im Bericht als im Hinblick auf Außen- und Sicherheitspolitik als engagierte Öffentlichkeit bezeichnet.

d|part hat zudem bei den sechs öffentlichen Veranstaltungen zur „Zeitenwende vor deiner Haustür“ der DGAP teilnehmende Beobachtungen durchgeführt. Diese fanden in Stuttgart, Neumünster, München, Magdeburg, Waren (Müritz) und Düsseldorf statt. Da die Rekrutierung von Teilnehmenden für die Fokusgruppen der allgemeinen Bevölkerungsgruppe in Neumünster und Waren (Müritz) nicht umsetzbar war, wurden die Fokusgruppen für Neumünster stattdessen in Hamburg und für Waren (Müritz) mit Menschen aus dem Berliner Umland durchgeführt.

Die durch die Fokusgruppen gewonnenen tiefergehenden qualitativen Einblicke werden in der Studie mit quantitativen Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage kombiniert, die d|part im Vorfeld der EU-Wahlen in acht EU-Mitgliedstaaten zwischen dem 10. April und dem 2. Mai 2024 zu den Sorgen, Krisenwahrnehmungen und politischen Einstellungen der Menschen in der EU durchgeführt hat. Dafür wurden insgesamt 10644 Personen in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Polen, Rumänien und Schweden befragt. In Deutschland bestand die Stichprobe dabei aus 2344 Personen. Das genaue Studiendesign und die vergleichenden Ergebnisse zu den grundlegenden Sorgen und Wahrnehmungen in der EU können [hier](#) eingesehen werden (Eilers et al. 2024).

Studiendesign im Überblick

Zentrale Methode

Zwölf Fokusgruppen in acht Städten in Deutschland zwischen dem 1. März und dem 30. April 2024.

Sechs Gruppen mit der allgemeinen Bevölkerung in Stuttgart, Hamburg, München, Magdeburg, Berlin (Umland) und Düsseldorf. Die Gruppen waren im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz durchmischte und wurden im Auftrag von d|part rekrutiert.

Sechs Gruppen einer engagierten Öffentlichkeit in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland in Stuttgart, Hamburg, München, Berlin, Düsseldorf. Die Teilnehmenden wurden mittels Selbstrekrutierung ausgewählt.

Ergänzende Methode

Sechs teilnehmende Beobachtungen der öffentlichen Diskussionsreihe „Zeitenwende vor deiner Haustür“ der „Aktionswerkstatt Zeitenwende“ der DGAP in Stuttgart, Neumünster, München, Magdeburg, Waren (Müritz) und Düsseldorf zwischen dem 1. März und dem 30. April 2024.

Repräsentative Umfrage der allgemeinen Bevölkerung in acht EU Mitgliedsstaaten zwischen dem 10. April und dem 2. Mai 2024, bei der in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Polen, Rumänien und Schweden insgesamt 10644 Personen befragt wurden. In Deutschland waren es 2344.

3 Sorgen, Ängste und zentrale Themen für die Bevölkerung im Kontext der Zeitenwende

Um zu ermitteln, wie Menschen die Zeitenwende und den seit Februar 2022 veränderten geopolitischen Kontext wahrnehmen, ist es im ersten Schritt entscheidend, ein tieferes Verständnis dafür zu gewinnen, welche außenpolitischen Herausforderungen aus Sicht der Teilnehmenden für Deutschland und die Europäische Union aktuell besonders bedeutend sind.

In der Gruppe der allgemeinen Bevölkerung standen dabei vor allem der Krieg in der Ukraine und der Israel-Hamas-Konflikt im Mittelpunkt der Diskussionen. Gleichzeitig wurden auch (geo-)ökonomische Themen, Klimawandel und Migration wiederholt thematisiert. Viele Teilnehmende zeigten sich auch besorgt über die zunehmend autoritär geprägte Weltordnung, da große autoritäre Staaten wie Russland und China als schwer berechenbar wahrgenommen wurden.

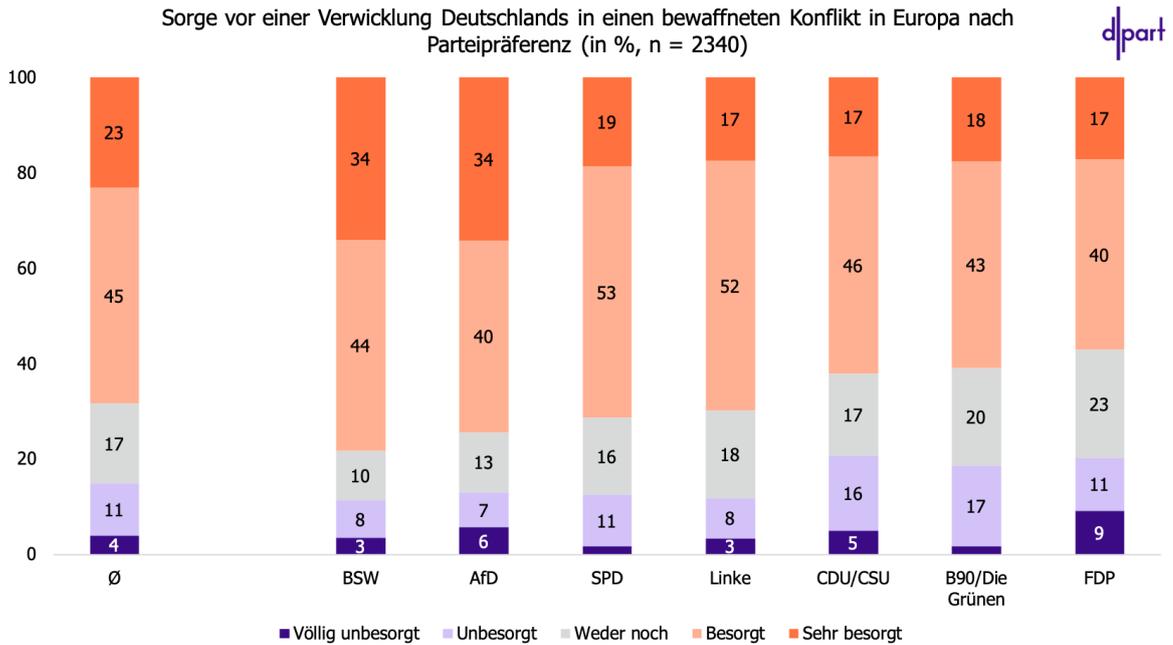
Darüber hinaus wurden in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen wiederholt grundlegende Sorgen in Bezug auf „Frieden“ und „Sicherheit“ in Europa geäußert. Hierbei wurde mehrfach die Frage aufgeworfen, ob Deutschland ausreichend dafür vorbereitet ist, um aktuell im globalen wirtschaftlichen und militärischen Wettbewerb bestehen zu können. Dabei stand die reale Angst vor einer noch größeren Eskalation der aktuellen großen militärischen Konflikte im Vordergrund.

Waffen [an die Ukraine] zu liefern, heißt für mich, dass die Gefahr immer größer wird irgendwann mitten im Krieg zu sitzen. Ich denke an meine Söhne und habe die Angst, dass sie irgendwann für den Krieg einberufen werden.

AfD-Wählerin in Magdeburg

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der d|part-Umfrage vom April und Mai 2024. Rund zwei Drittel der Menschen in Deutschland waren besorgt oder sogar sehr besorgt darüber, dass Deutschland in den kommenden Jahren in einen bewaffneten Konflikt verwickelt wird (siehe Grafik 1). Fast jede vierte Person (23 Prozent) war darüber sehr besorgt. Der Anteil derjenigen, die in dieser Hinsicht unbesorgt waren, fiel mit rund 15 Prozent vergleichsweise gering aus.

Grafik 1



Die Grafik basiert auf der Frage: „Angesichts der aktuellen Situation in der Ukraine, wie besorgt oder unbesorgt Sie sind, dass Deutschland in den nächsten 3-5 Jahren direkt in einen bewaffneten Konflikt in Europa verwickelt sein könnte? Bitte machen Sie eine Angabe auf einer Skala von 1 (völlig unbesorgt) bis 5 (äußerst besorgt).“
 Werte unter drei Prozent werden in der Grafik nicht mit einer Zahl angegeben.

Grafik 1 zeigt zusätzlich eine Aufschlüsselung dieser Besorgnis nach den Anhänger*innen der größeren Parteien in Deutschland. Die Parteien sind dabei nach dem Anteil der besorgten Anhänger*innen, beginnend mit jenen mit dem höchsten Anteil, geordnet. Vor allem die Anhänger*innen des relativ neuen Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) und der AfD weisen den größten Anteil an Menschen auf, die Sorgen über eine kriegerische Verwicklung Deutschlands äußern (BSW: 78 Prozent, AfD: 74 Prozent). Ähnlich hohe Werte finden sich auch bei den Anhänger*innen der SPD und der Linken (SPD: 72 Prozent, Linke: 69 Prozent), wobei hier auffällt, dass der Anteil der sehr besorgten Personen deutlich niedriger ist als bei BSW und AfD. Auch bei den anderen Parteien sind die Anhänger*innen ebenfalls mehrheitlich besorgt, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß (CDU/CSU 63 Prozent, Grüne 61 Prozent, FDP 57 Prozent).

Diese Sorge kam in einem geringeren Maße auch in den Fokusgruppen mit der engagierten Öffentlichkeit vor, die die aktuellen außenpolitischen Herausforderungen, ähnlich wie die allgemeinen Bevölkerungsgruppen, stets im Kontext aktueller Konflikte und Kriege diskutierten. Allerdings unterschieden sich die Diskussionen deutlich in der Herangehensweise: Während in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen zunächst konkret über die einzelnen Konflikte gesprochen wurde, bewegte sich die Diskussion in den engagierten Gruppen schnell auf einer abstrakteren Ebene. Aus Sicht der Teilnehmenden in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit bestand die größte Herausforderung angesichts der instabilen geopolitischen Lage zum einen darin, dass sowohl Deutschland als auch die Europäische Union zu wenig Einfluss auf das weltpolitische Geschehen hätten. Dies führten viele auf einen Mangel an strukturellen und militärischen Kapazitäten zurück, was als klarer geopolitischer Nachteil angesehen wurde. Zum anderen wurde kritisiert, dass die EU in zentralen außenpolitischen Fragen keine einheitliche Position einnimmt bzw. aufgrund der unterschiedlichen Positionen in der EU nicht einnehmen kann, was ihre Handlungsfähigkeit stark beeinträchtigt.

Zusätzlich wurde bemängelt, dass sowohl die Bevölkerung in Deutschland, politische Entscheidungsträger*innen als auch Teile der deutschen Wirtschaft bisher nicht adäquat auf die veränderte geopolitische Situation nach Februar 2022 reagiert hätten. Mehrfach wurde

infrage gestellt, ob die Haltung der Bevölkerung selbst nicht ein Hindernis für die erfolgreiche Umsetzung einer effektiven Außen- und Sicherheitspolitik sei.

In den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit wurden zudem Zweifel laut, ob Deutschland und die EU derzeit in der Lage wären, den großen Herausforderungen angemessene Lösungen entgegenzusetzen. Häufig wurde konkret hinterfragt, inwiefern die deutsche Regierung gewillt und in der Lage sei, internationale Verantwortung zu übernehmen. Insbesondere der Mangel an einem langfristigen strategischen Denken sowie die schwache Führungsqualität, vor allem in Bezug auf Bundeskanzler Scholz, wurden dabei kritisiert.

Ein zentraler Unterschied zwischen der allgemeinen Öffentlichkeit und der engagierten Öffentlichkeit in Bezug auf Außen- und Sicherheitspolitik lag in der Wahrnehmung der Rolle Deutschlands. Die Bevölkerungsgruppen äußerten häufig kritische Bedenken darüber, ob Deutschland aufgrund der vergangenen Krisen, einem wahrgenommenen generellen Niedergang und einem abnehmenden globalen Einfluss des Landes noch in der Lage sei, außenpolitisch eine entscheidende Rolle zu spielen. Es wurde bezweifelt, dass Deutschland die notwendige Handlungsfähigkeit besitzt, um effektiv auf der internationalen Bühne zu agieren. In den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit war es hingegen weitgehend Konsens, dass Deutschland außenpolitisch mehr leisten könnte und sollte. Die Herausforderungen wurden hier vor allem als unzureichendes Verhalten, mangelnde strategische Weitsicht und zu geringe Überzeugungskraft der politischen Führung in Bezug auf die öffentliche Meinung gesehen, sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene.

4 An der Bevölkerung vorbei? Zur öffentlichen Wahrnehmung der Zeitenwende

Obwohl die allermeisten Menschen in Deutschland über die aktuelle weltpolitische Lage und die neuen globalen geopolitischen Entwicklungen besorgt sind und große Herausforderungen für Deutschland und die EU sahen, fiel die Wahrnehmung der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen Zeitenwende in den Fokusgruppen sehr unterschiedlich aus.

In den Gruppen der allgemeinen Bevölkerung wurde der Begriff „Zeitenwende“ dabei häufig nicht direkt mit der Rede von Olaf Scholz am 27. Februar 2022 in Verbindung gebracht, obwohl die Teilnehmenden im Verlauf der Diskussionen bewusst darauf hingewiesen wurden, wie der Begriff im Kontext der aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Lage in Deutschland entstanden sei.

„Wir hatten so viele Zeitenwenden in den letzten Jahren – Bildung, Migration und die Pandemie. Über welche Zeitenwende sprechen wir denn gerade eigentlich?“

SPD-Wählerin in Stuttgart

Das angeführte Zitat verdeutlicht dabei sehr gut, dass bei vielen Teilnehmenden der Begriff Zeitenwende nicht explizit mit der russischen Invasion der Ukraine und den anschließenden Entwicklungen verbunden wurde. Aufgrund der Vielzahl an Krisen in den letzten Jahren zeigte sich bei vielen Teilnehmenden der allgemeinen Bevölkerungsgruppen eine ausgeprägte Krisenmüdigkeit und aufgrund der vielfachen Umbrüche auch eine gewisse „Veränderungsmüdigkeit“ (Mau et al. 2023).

„Im militärischen Bereich und auch der Digitalisierung haben wir [Deutschland] die letzten 15-20 Jahre verschlafen. Und das kratzt am Ansehen der Politik. Wir müssen aus dieser Spirale der negativen Stimmung herauskommen. Das ist halt schwierig, wenn es viele Bereiche gibt, die in Deutschland nicht mehr funktionieren.“

FDP-Wählerin in Hamburg

Die Zeitenwende wird von vielen in der allgemeinen Bevölkerung nicht als politische Vision wahrgenommen

In den allgemeinen Bevölkerungsgruppen wurde der Begriff der Zeitenwende deshalb oft abstrakter verwendet. Für viele ist es eher eine allgemeine Beschreibung der vielen Veränderungen und Krisen der letzten Jahre als ein klar erkennbares Konzept bzw. eine politische Vision. In den Fokusgruppen mit der allgemeinen Öffentlichkeit wurde somit mehrfach deutlich, dass die von Scholz proklamierte Zeitenwende bei vielen Menschen in Deutschland entweder kommunikativ nicht durchgedrungen ist oder keine (positive) Resonanz gefunden hat.

Selbst nach einer Erklärung in den Diskussionsrunden, was konkret mit der Zeitenwende in Bezug auf Scholz' Rede gemeint war, äußerten viele Teilnehmende generell wenig Vertrauen in die Fähigkeiten und Maßnahmen der Regierung. Aufgrund des geringen politischen Vertrauens, insbesondere in die aktuelle Regierung, trauten viele Teilnehmenden ihr nicht zu, eine solch große und umfassende außenpolitische Wende erfolgreich umzusetzen.

Dies lag unter anderem auch daran, dass viele Teilnehmende Deutschland nicht (mehr) als starkes und im internationalen Vergleich relevantes Land wahrnahmen. Viele beschrieben Deutschland als ein Land, das sich schon längere Zeit im Niedergang befindet. In diesem Kontext wurde mehrfach auf zahlreiche Abhängigkeiten Deutschlands hingewiesen, beispielsweise militärisch von den USA und wirtschaftlich von China, was die Skepsis gegenüber dem Handlungsspielraum der Bundesregierung, die Zeitenwende zu meistern, weiter verstärkte.

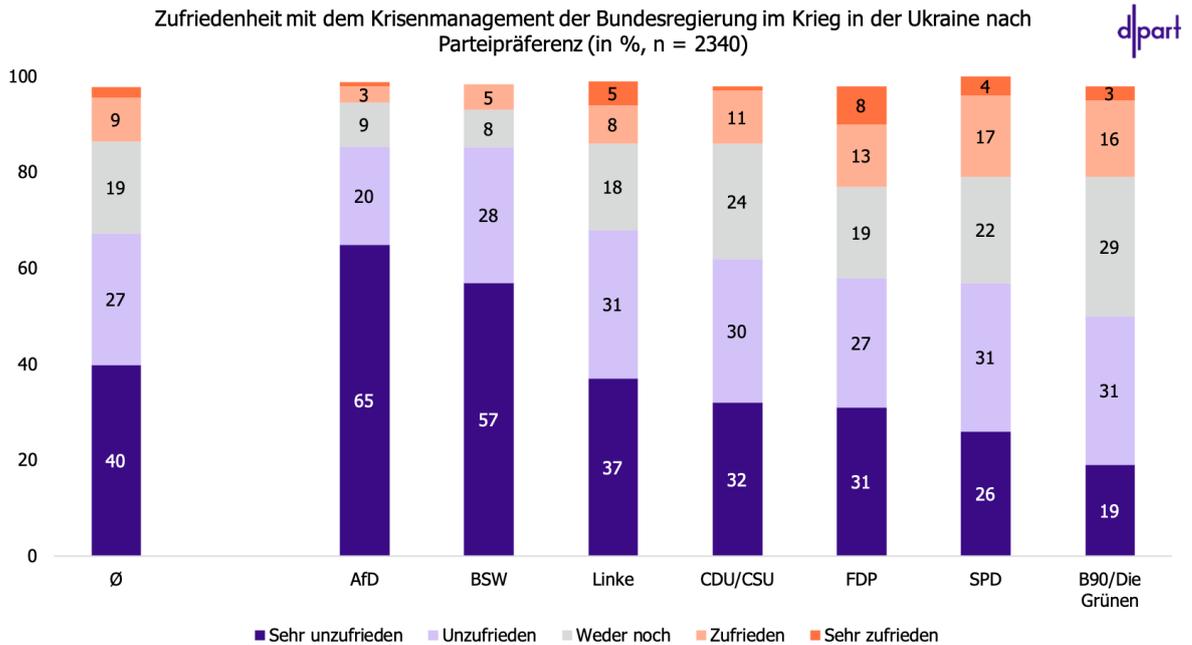
„Während Corona konnte man sehen, wo Lieferketten weltweit gestört wurden und wir hatten keine Medikamente mehr, weil in der EU nichts mehr produziert wird, sondern alles aus China kommt.“

CDU-Wähler in Magdeburg

Diese große Unzufriedenheit stellt sich auch in den jüngsten Umfragedaten von d|part heraus. Viele Menschen in Deutschland zeigten sich generell unzufrieden mit der politischen Bewältigung der zahlreichen Krisen, insbesondere in Bezug auf die Pandemie oder die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten (Eilers et al. 2024, 18).

Grafik 2 verdeutlicht in diesem Zusammenhang die erhebliche Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine. Zwei Drittel der Menschen in Deutschland sind mit der politischen Handhabung dieser Krise unzufrieden, wobei vier von zehn Personen sogar angeben, sehr unzufrieden damit zu sein.

Grafik 2



Die Grafik basiert auf der Frage: In den vergangenen 20 Jahren kam es zu mehreren Krisen. Wie zufrieden waren Sie mit der Handhabung folgender Krisen durch die Regierung? - Der Krieg in der Ukraine. Die Angaben der Kategorie „weiß nicht“ werden in der Grafik nicht angezeigt, weswegen die Balken in der Summe nicht immer 100 Prozent ergeben. Werte unter drei Prozent werden in der Grafik nicht mit einer Zahl angegeben.

Wird das Ergebnis nach der Anhänger*innenschaft der Parteien ausdifferenziert, zeigt sich, dass fast alle Anhänger*innen der AfD und des BSW mit dem Ukraine-Krisenmanagement unzufrieden sind (jeweils 85 Prozent). Diese Gruppen weisen dabei im Vergleich zu den anderen Parteien einen besonders hohen Anteil an Menschen auf, die sehr unzufrieden sind. Generell fällt aber auch bei den Anhänger*innen der anderen Parteien die Unzufriedenheit hoch aus, vor allem bei den zwei weiteren Oppositionsparteien (Linke 68 Prozent, CDU/CSU 62 Prozent). Aber selbst bei jenen, die es mit einer der Regierungsparteien halten, überwiegt die Unzufriedenheit: FDP 58 Prozent, SPD 53 Prozent, Grüne 50 Prozent.

Viele Teilnehmenden der allgemeinen Bevölkerungsgruppen verknüpften die neue außenpolitische Lage im Kontext der Zeitenwende zudem eng mit innenpolitischen Herausforderungen, insbesondere in Bezug auf die Staatsfinanzierung und politische Priorisierung von Politikfeldern. Wiederholt wurde in den Diskussionsrunden die Frage gestellt, warum Deutschland ein Sondervermögen für die Bundeswehr so schnell bereitstellen konnte, derartig große Investitionen jedoch nicht für als essentiell wahrgenommene Bereiche wie Bildung und öffentliche Infrastruktur verfügbar seien. In mehreren Gruppen wurde dabei intensiv über die Schuldenbremse und den Investitionsbedarf in Deutschland diskutiert. Insbesondere in Zeiten vielfacher Krisen, großer Unsicherheit und des in den Gruppen oft artikulierten empfundenen Niedergangs Deutschlands stieß das Verständnis für hohe Investitionen in Außen- und Sicherheitspolitik deshalb bei vielen auf wenig Resonanz, was exemplarisch auch am untenstehenden Zitat deutlich wird.

„Wenn ich die Opas und Omas sehe, wie sie abends in der Innenstadt nach Pfandflaschen suchen, dann denke ich, dass wir das Geld für die Ukraine auch für unsere Leute ausgeben könnten.“

SPD-Wähler in Düsseldorf

Die Kritik an solchen politischen Entscheidungen wurde dabei häufig auf konkrete Personen projiziert und äußerte sich in einer mitunter starken Ablehnung gegenüber Olaf Scholz und teilweise auch gegenüber Außenministerin Annalena Baerbock, wie das nachfolgende Zitat exemplarisch verdeutlicht. Letztere wurde besonders auffällig von männlichen Teilnehmern zum Teil misogyn kritisiert.

„Ich glaube, dass wir [Deutschland] speziell im Nahen Osten überhaupt keinen Einfluss mehr haben [...] und dass es sie [die Konfliktparteien] einen Fliegenschiss interessiert, was Frau Baerbock sich anmaßt. Sie fliegt doch nur permanent hin und her und denkt, sie könnte die Welt retten.“

Linke-Wählerin in Düsseldorf

Neben aller Kritik und Unverständnis über die wahrgenommenen Konsequenzen der Zeitenwende wurde in den Diskussionen aber auch mehrfach ein grundsätzliches Verständnis für die ergriffenen Maßnahmen und Investitionen in der Außen- und Sicherheitspolitik nach der ausgerufenen Zeitenwende geäußert. Einige Teilnehmenden, die zumeist jedoch in der Minderheit in den Diskussionsrunden waren, bewerteten dabei Positionen in der Bundesregierung - sei es im Hinblick auf die Forderungen der Grünen nach einer stärkeren Unterstützung der Ukraine, die eher abwägende Haltung von Bundeskanzler Scholz oder den Blick der FDP auf die Höhe der getätigten Investitionen - als positiv.

„Ich finde es beeindruckend, wie Annalena Baerbock und die Grünen für diese Zeitenwende arbeiten, während große Teile der SPD nicht mitmachen. Sie ist sozusagen die beste Waffe des Kanzlers.“

Grünen-Wähler in Hamburg

Oft waren sich die Teilnehmenden aber uneins darüber, ob die Bundesregierung ausreichend oder richtig auf die aktuellen Herausforderungen reagiere. Besonders Wähler*innen aus dem Mitte-Links-Spektrum, häufig Frauen, gaben zudem öfters an, dass es ihnen generell aufgrund einer pazifistischen Grundeinstellung schwerfalle, militärische Aktionen zu unterstützen, sie aber die Notwendigkeit dafür sähen.

Engagierte Öffentlichkeit: Ausrufen der Zeitwende überfällig, aber bisher ohne wirkliche Konsequenzen

Die Gruppen der engagierten Öffentlichkeit positionierte sich im Gegensatz zur allgemeinen Bevölkerung insgesamt deutlich positiver zum Ausrufen der Zeitenwende. Zudem war bei diesen das Wissen über geopolitische Entwicklungen und Dynamiken sowie über die bisher gesetzten Maßnahmen der Zeitenwende erwartungsgemäß deutlich höher.

Das Ausrufen einer Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik wurde hier grundsätzlich begrüßt und als überfällig bewertet, insbesondere in Bezug auf die Bundeswehr und die deutsche Haltung zu Russland. Mehrere Teilnehmende betonten, dass diese

Neuorientierung schon lange vor dem russischen Angriff auf die Ukraine notwendig gewesen wäre. Kritik wurde dabei vor allem an Bundeskanzler Scholz festgemacht, der zu wenig oder die falschen Taten auf seine große Rede folgen lassen habe. Diese ausbleibenden Maßnahmen und der geringe Fortschritt hätte vielen Teilnehmenden dieser Gruppe zufolge zu einem internationalen Imageschaden Deutschlands geführt, da viele Partner*innen Deutschland als Zugpferd ansähen, aber zunehmend von der mangelnden Umsetzung der Zeitenwende enttäuscht wären.

Ein weiteres, in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit häufig angesprochenes Problem bildete die als unzureichend empfundene, öffentliche Kommunikation der Zeitenwende. Viele Teilnehmende kritisierten, dass das Konzept nicht klar definiert sei und die Regierung es versäumt hätte, die Mission und die Herangehensweise nachvollziehbar zu vermitteln. Dies führte dazu, dass die Kommunikation der Zeitenwende auch unabhängig vom Maßnahmenpaket als unzureichend wahrgenommen wurde, was durch das ausgewählte Zitat exemplarisch verdeutlicht wird.

„Die Zeitenwende ist wie Merkels „Wir schaffen das“ von 2015. Große Worte ohne Plan dahinter.“

Teilnehmerin in Stuttgart

Darüber hinaus vertraten in diesem Kontext viele Teilnehmende die Auffassung, dass die deutsche Öffentlichkeit noch nicht vollständig verstanden hätte, welche Herausforderungen auf Deutschland zukommen könnten bzw. werden. Dabei wurde die Bevölkerung oft pauschal als wenig involviert oder informiert bewertet, ohne dass differenzierte Abstufungen gemacht wurden. Viele waren der Überzeugung, dass eine bessere Kommunikation und eine stärkere Einbindung der Bevölkerung zu mehr Unterstützung der Maßnahmen der Zeitenwende geführt hätte.

„Man muss die Zeitenwende als ganze Gesellschaft angehen, die Bevölkerung mehr einbinden und alles mehr erklären.“

Teilnehmerin in Berlin

Zudem wurde häufig kritisiert, dass in der öffentlichen Wahrnehmung aus ihrer Sicht fälschlicherweise außen- und innenpolitische Themen zu sehr miteinander verknüpft werden und die Menschen zusätzlich nicht dazu bereit wären, persönliche Einschnitte zu Gunsten einer aktiveren und finanziell besser ausgestatteten Außen- und Sicherheitspolitik hinzunehmen. Grundsätzlich wurden Sorgen, die in der allgemeinen Bevölkerung aufkamen, oft als unsachlich abgewiesen und teils als unangebracht deklariert. Nur wenige Teilnehmende in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit äußerten ein Interesse daran oder sahen es als wichtig an, besser zu verstehen, warum bestimmte Sorgen in der allgemeinen Bevölkerung bestehen. Außen- und Sicherheitspolitik wurde von einigen explizit als Thema für Expert*innen positioniert, bei dem Ansichten in der Bevölkerung kaum Relevanz hätten.

Große Unzufriedenheit mit der Politik der Zeitwende – aus ganz unterschiedlichen Gründen

Zusammenfassend stellt sich heraus, dass die Wahrnehmung der von Bundeskanzler Scholz ausgerufenen Zeitenwende sich deutlich zwischen den Gruppen der allgemeinen Bevölkerung und den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit unterscheidet. Während die allgemeine Bevölkerung den Begriff der Zeitenwende oft nicht mit Scholz' Rede direkt verknüpfte oder ihn eher als abstrakte Beschreibung der zahlreichen Krisen der letzten Jahre sah, war in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit das Verständnis der Zeitenwende und ihrer geopolitischen Bedeutung klar ausgeprägt. Dort wurde die Zeitenwende als überfällig betrachtet, insbesondere in Bezug auf die Bundeswehr und die Haltung zu Russland. Allerdings wurde in beiden Gruppen direkt oder indirekt Kritik an der Umsetzung und an der nicht als erfolgreich bewerteten Kommunikation der Zeitenwende deutlich, wobei in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen vor allem das geringe Vertrauen in die Regierung und die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement dominierten. Dies traf auch auf die Gruppen der engagierten Öffentlichkeit zu, hier stand aber die Kritik an der strategischen Führung im Vordergrund, insbesondere an der von vielen Teilnehmenden als „Talk but no action“ wahrgenommene Politik von Bundeskanzler Olaf Scholz.

5 Politische Präferenzen und Wünsche der Bevölkerung für die deutsche Außenpolitik

In den Fokusgruppen wurde mit einer Reihe von Aussagen gearbeitet, weil einerseits viele Teilnehmende der allgemeinen Bevölkerungsgruppen Außen- und Sicherheitspolitik als grundsätzlich recht abstrakt und entfernt wahrnahmen. Andererseits lag dies auch darin begründet, um den vielfältigen Dimensionen der Zeitenwende damit besser gerecht werden zu können. Die Aussagen wurden allen Teilnehmenden in zufälliger Reihenfolge ausgehändigt und sollten dann von ihnen gemäß ihrer Haltung dazu geordnet werden. Die Statements wurden so ausgewählt, dass sie die zentralen Themen und Politikfelder der Zeitenwende abdecken und die fünf Aussagenpaare jeweils gegenteilige Positionen widerspiegeln.

Die in Tabelle 1 aufgelisteten Statements umfassen die Bereiche Geoökonomie (Aussagenpaar 1), Deutschlands internationale außen- und sicherheitspolitische Positionierung (Paar 2), die Frage nach einer aktiveren oder passiveren deutschen Außenpolitik (Paar 3), die grundsätzliche Ausrichtung der deutschen Außenpolitik in Bezug auf Demokratie und Freiheit sowie Wirtschafts- und Handelsbeziehungen (Paar 4) sowie die internationale Rolle der Klimapolitik Deutschlands (Paar 5).

1	Deutschland sollte auch weiterhin starke Handelsbeziehungen mit autoritären Staaten, wie China, Russland oder den Golfstaaten aufrechterhalten, um so außenpolitischen Einfluss auf diese zu nehmen. Außerdem ist es gut für die deutsche Wirtschaft.	Deutschland ist zu sehr von autoritären Staaten, wie China, Russland oder den Golfstaaten, wirtschaftlich und bei der Einfuhr von Energieträgern, abhängig. Deutschland sollte deshalb andere Handelspartner suchen, auch, wenn dann z.B. Energiepreise oder Elektrogeräte hier teurer werden.
2	Deutschland sollte eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen, die in erster Linie den Bedürfnissen Deutschlands entspricht - Deutschland geht einen individuellen Weg und sollte dementsprechend handeln.	Die Interessen Deutschlands werden am besten durch eine enge Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern - insbesondere in Europa - bedient. Gemeinsam sollten wir herausarbeiten, was in unserem gemeinsamen Interesse liegt und dies als Team verfolgen.
3	Deutschland hat genug eigene Probleme. Deshalb sollte sich Deutschland möglichst aus internationalen Konflikten, wie z.B. dem Krieg in der Ukraine, heraushalten.	Das politische Weltgeschehen hat Einfluss auf Deutschlands Sicherheit und Wohlstand. Deutschland sollte deshalb außenpolitisch aktiver sein und z.B. die Ukraine stärker unterstützen, so dass sie den Krieg gegen Russland gewinnen können.
4	Der Schutz der Demokratie und der Freiheit sollten im Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen.	Der Schutz der deutschen Wirtschaft und gute Handelsbeziehungen sollten im Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen.
5	Deutschland sollte beim Klimaschutz und der Einführung neuer Technologien zuhause mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn Deutschland hier Vorreiter ist, wird dies auch helfen, bessere internationale Allianzen zum Klimaschutz aufzubauen.	Deutschland kann beim Klimaschutz global wenig ausrichten, so lange sich große und einflussreiche Länder, wie die USA und China, nicht bewegen und selbst viel mehr CO ₂ ausstoßen.

Tabelle 1

In den allgemeinen Bevölkerungsgruppen stellte sich erneut eine Vielfalt an Ansichten und Positionen deutlich heraus. Teilnehmende reagierten mit starker Ablehnung, Neutralität, starker Zustimmung oder auch mit einer Unentschlossenheit. Diese Bandbreite bei den Reaktionen kam bei fast allen zehn Aussagen vor. Die Spannweite reichte dabei in einigen wenigen extremen Fällen von starker Unterstützung für die Position Russlands bis hin zu Befürworter*innen einer militärischen Interventionen in der Ukraine durch „den Westen“. Teilweise befanden sich die extremeren Ansichten auch im Bereich der Verschwörungserzählungen, während die meisten Menschen Positionen innerhalb des Spannungsfeldes bestehender politischer Debatten vertraten.

Die Bandbreite war in allen Gruppen der allgemeinen Bevölkerung vorhanden, jedoch waren die Menschen im Osten tendenziell vorsichtiger und äußerten stärkere Bedenken hinsichtlich militärischer Konflikte. Zudem wurde in den Diskussionen sichtbar, dass für einige, vor allem männliche Teilnehmer, das Schlagwort „feministische Außenpolitik“ ein Reizthema darstellte, wie das folgende Zitat verdeutlicht.

„Wie Deutschland sich in der Welt präsentiert, ich sage nur feministische Außenpolitik. Nancy Faeser bei der WM [in Katar 2022] mit dieser Regenbogen-Armbinde. Es ist nicht gut, dass Deutschland andere Länder immer moralisch belehren will.“

CSU-Wähler in München

Es kam zudem häufig vor, dass jeweils widersprüchlichen Aussagen zugestimmt wurden, was darauf hindeutet, dass die Zusammenhänge und Widersprüche in den Aussagenpaaren ohne Einordnung häufig nicht als solche wahrgenommen wurden. Zum Beispiel stimmten einige Teilnehmende beiden Aussagen zu, dass sowohl der „Schutz der Demokratie und der Freiheit“ als auch der „Schutz der deutschen Wirtschaft und guter Handelsbeziehungen“ im Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen sollten. Als sie darauf hingewiesen wurden, dass beides kaum gleichzeitig möglich wäre, konnten sich viele Teilnehmende nicht entscheiden, was denn nun wichtiger sei.

Hierin zeigt sich, dass es für viele Menschen mitunter schwierig war, sich in komplexen außenpolitischen Fragen eindeutig zu positionieren. Zudem waren viele Teilnehmende aufgrund des geringen Wissens und der Abstraktheit außenpolitischer Themen überfordert und hatten Schwierigkeiten, konkrete Aussagen zu treffen und im Zweifelsfall Entscheidungen zu treffen. Da in Zeiten der sogenannten „Friedensdividende“ Außen- und Sicherheitspolitik eher im Hintergrund der Öffentlichkeit geblieben ist und wenig polarisiert hat, fehlte vielen eine klare und konsistente Präferenz. Dies läge aus Sicht mehrerer Teilnehmenden auch daran, weil sich lange derartigen Fragen nicht gestellt hätten und solche Abwägungen deshalb nicht notwendig waren.

Es wurde mehrfach deutlich, dass viele Meinungen der Teilnehmenden deshalb noch nicht vollständig gefestigt waren. Dies spiegelte sich unter anderem darin wider, dass in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen bei weit über der Hälfte der Einordnungen der Aussagen weder „starke Zustimmung“ oder „starke Ablehnung“ ausgewählt wurde. Die Teilnehmenden zeigten sich offen für Überzeugungen durch andere Argumente, wobei diese Offenheit je nach Verlauf der Debatte die Positionen in unterschiedliche Richtungen verschoben konnte, beispielsweise für eine stärkere oder schwächere Unterstützung der Ukraine.

Die Angst vor einem offenen Krieg Deutschlands mit Russland, wie sie auch in Grafik 1 deutlich wurde, war hierbei ein häufiger Grund für das Einnehmen spezifischer Positionen.

Die Teilnehmenden der allgemeinen Bevölkerungsgruppen argumentierten oftmals aus humanitärer oder moralischer Perspektive. Der Pazifismus, den Dienes und Katsioulis (2022) als zentrale und weitgehend unveränderte Überzeugung vieler Menschen in Deutschland identifiziert haben, wurde oft herangeführt.

Im Hinblick auf die Anhänger*innen der Parteien stellte sich dabei heraus, dass besonders Wähler*innen der Grünen und der SPD ihre inneren Konflikte mitteilten, um ihre Unterstützung für Waffenlieferungen an die Ukraine zu rechtfertigen, auch wenn sie sich wünschten, dies nicht tun zu müssen.

„Da hadere ich extrem mit mir. Normalerweise habe ich eher Umweltschutz und Sozialpolitik auf dem Schirm. Mir ist klar geworden, dass ich Angst vor einem Krieg habe und wie wichtig es ist, dass Deutschland verteidigungsfähig ist oder dass die Wirtschaft stark bleibt. Selbst, wenn es zulasten der Umwelt geht.“

Grünen-Wählerin in Magdeburg

Die Teilnehmenden der Gruppen der engagierten Öffentlichkeit wiesen im Gegensatz zu den allgemeinen Bevölkerungsgruppen zwar eine größere Homogenität in ihren Ansichten auf, doch auch hier bestand mehrfach eine gewisse Uneinigkeit über grundlegende Fragen und politische Ausrichtungen, die in den Diskussionen zuvor so nicht immer sichtbar geworden waren. Nach der Aufforderung sich zu den konkreten Aussagen zu positionieren, traten in der Diskussion stärkere Meinungsunterschiede zutage. Grundsätzlich wurde bei der Bewertung der Aussagen allerdings erneut deutlich, wie sehr in diesen Gruppen die Positionen auf strategischen Überlegungen fußen und wie groß der Wunsch nach einer klareren Positionierung Deutschlands in zentralen Fragen gepaart mit dem Streben nach langfristigen strategischen Zielen bestand.

Große Unterstützung für eine deutsche Außenpolitik mit starken internationalen Partnern

Im Hinblick auf die Positionierungen zu den konkreten Aussagen zeigte sich, dass bestimmte Aussagen mehrheitlich Zustimmung fanden und in vielen Gruppen ein gewisser Konsens darüber hergestellt werden konnte. Dies trifft besonders für das Aussagenpaar zur Frage zu, inwiefern die außen- und sicherheitspolitische Aktivitäten Deutschlands in internationalen Allianzen stattfinden sollten. Sowohl in der Bevölkerungsgruppe als auch in der engagierten Gruppe gab es bei den meisten Teilnehmenden eindeutige Präferenzen für eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik, die in starke Allianzen, insbesondere in der EU und der NATO, eingebettet ist.

„Deutschland kann gegen bevölkerungsreiche Länder wie Indien und China nur bestehen, wenn Europa eins ist. Wir [Deutschland] sind wirtschaftlich stark, haben aber nur durch die EU und Frankreich indirekt Atomwaffen. Wir sind wesentlich stärker, wenn wir uns zusammenschließen.“

BSW-Wähler in Berlin

Diese Präferenzen wurden häufig mit der begrenzten Wirkungsmacht Deutschlands als Einzelstaat begründet sowie mit der Notwendigkeit der Zusammenarbeit ähnlich gesinnter Staaten und der Tatsache, dass ein deutscher Sonderweg aufgrund der bestehenden Einbindung nicht möglich sei. Die beiden letzten Argumente wurden besonders in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit hervorgehoben. Hierbei wurde auch mehrfach betont, dass diese internationale Einbettung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik nicht als Vorwand für Untätigkeit genutzt werden dürfe.

Die Aussage zum deutschen außenpolitischen „individuellen Weg“ wurde aufgrund dieser Argumente von vielen abgelehnt, mehrheitlich jedoch nur in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit. In den allgemeinen Bevölkerungsgruppen gab es keinen Konsens darüber, da einige Teilnehmende der Aussage zustimmten, dass ein Sonderweg für Deutschland das Beste wäre, weil so weniger Rücksicht auf andere genommen werden müsste und so deutsche Interessen besser durchgesetzt werden könnten.

Ein breiter Konsens über Deutschlands Rolle in internationalen Allianzen innerhalb der Bevölkerung kann daher nicht als gegeben angesehen werden. Die teilweise ablehnenden Positionen gegenüber solchen Allianzen, auch wenn nur von einer Minderheit eingenommen, wurde häufig durch anti-amerikanische Haltungen oder kritische Positionierungen gegenüber der NATO begründet.

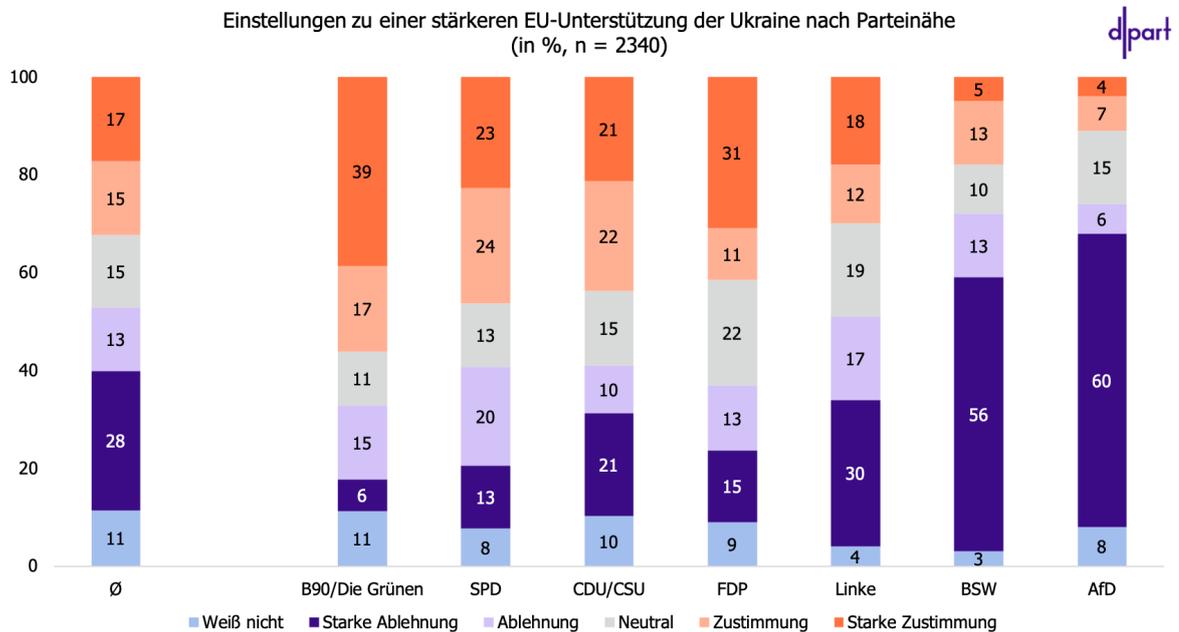
Keine klare Zustimmung für eine aktivere deutsche Außenpolitik

Die zweite, relativ eindeutige Positionierung in beiden Gruppen ergab sich bei der Frage nach einer aktiveren oder passiveren deutschen Außenpolitik. Hier wurde ein Heraushalten Deutschlands aus internationalen Konflikten mehrheitlich abgelehnt. In den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit war die Ablehnung besonders stark. Aber auch in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen wurde diese Aussage überwiegend abgelehnt.

Allerdings wurde im Gegensatz dazu die stärkere Unterstützung der Ukraine aus unterschiedlichen Gründen kritisch betrachtet: aus Angst vor einer direkten kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland, aus pazifistischen Überzeugungen oder aufgrund der Befürchtung, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen könne. Aus diesen Gründen gab es in den Bevölkerungsgruppen keinen Konsens über eine grundsätzlich aktivere deutsche Außenpolitik, vor allem bezüglich der konkreten Frage nach einer intensiveren Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland. Mehrere Teilnehmende gaben hierbei an, dass sie das Kräfteverhältnis zwischen der Ukraine und Russland nicht wirklich einschätzen könnten und nicht wüssten, was die Ukraine tatsächlich militärisch benötige. Andere Teilnehmende hingegen vertraten klar die Position einer deutlich stärkeren Unterstützung der Ukraine. Sie argumentierten dabei einerseits mit dem Völkerrecht, andererseits wurde die Sorge geäußert, dass es unklar sei, wie Russland vorgehen würde, wenn es die Ukraine eingenommen hätte.

Dieses gemischte Stimmungsbild hinsichtlich einer stärkeren Unterstützung der Ukraine in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen spiegelt sich auch in den Umfragedaten wider. Grafik 3 veranschaulicht die Meinungsverteilung zur Frage, ob die EU die Ukraine wesentlich stärker unterstützen sollte.

Grafik 3



Die Grafik basiert auf der abgefragten Aussage „Die EU sollte die Ukraine wesentlich stärker gegen die russische Aggression unterstützen.“

Bei den Positionierungen der Anhänger*innen der großen Parteien in Deutschland wird die Vielfalt der Positionen erneut sichtbar. Die Parteien werden in der Grafik gemäß der Zustimmung innerhalb ihrer Anhänger*innenschaft zur Aussage angezeigt, beginnend mit der höchsten Zustimmung. Eine mehrheitliche Unterstützung der stärkeren Ukraine-Hilfe gibt es nur bei Bündnis 90/Die Grünen (56 Prozent), wobei insbesondere der hohe Anteil an starker Zustimmung auffällt (39 Prozent). Auch bei der SPD (47 Prozent), den Unionsparteien (43 Prozent) und der FDP (42 Prozent) gibt es eine beachtliche Zustimmung. Allerdings lehnt auch ungefähr ein Drittel der Anhänger*innen dieser Parteien die Forderung jeweils ab.

Die Anhänger*innen der Linken sind zu wesentlich stärkeren Ukraine-Hilfen deutlich kritischer eingestellt (47 Prozent ablehnend), doch findet die Forderung auch hier bei knapp einem Drittel Unterstützung. Bei den Anhänger*innen des BSW und der AfD zeigt sich hingegen eine klare Mehrheit, die die Forderung sogar stark ablehnt. Bei dem BSW fällt die grundlegende Ablehnung mit 69 Prozent aus, bei der AfD sind es 66 Prozent. Abgesehen von BSW, AfD und mit Abstrichen den Grünen sind die meisten Parteien in Deutschland somit mit einem heterogenen Stimmungsbild innerhalb ihrer Anhänger*innenschaft konfrontiert.

Demokratie und Freiheit für viele der Kompass der deutschen Außenpolitik

In Bezug auf die in den Fokusgruppen vorgelegten Aussagepaare zeigte sich bei der Frage, was im Zentrum der deutschen Außenpolitik stehen sollte, dass in beiden Gruppen mehrheitlich Konsens darüber herrschte, dass der Schutz von Demokratie und Freiheit eine zentrale Rolle spielen sollte. Eine solche wertegeleitete Außenpolitik wurde genauso wie das internationale Einsetzen für diese Werte von den meisten, vor allem von der Mehrzahl der Teilnehmenden in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit, als positiv bewertet.

Es gab aber immer wieder auch Zweifel, vor allem in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen, ob dieses Engagement für Demokratie und Freiheit aufgrund der als nicht sehr bedeutsam eingeschätzten Rolle Deutschlands in der Weltpolitik und in Zeiten mächtiger autoritär regierter Staaten überhaupt etwas bringe.

„Niemand nimmt uns [Deutschland] mehr im Ausland positiv wahr. Wir bekommen ja unsere eigenen Probleme nicht mal mehr hin.“

BSW-Wähler in Stuttgart

„Es [Schutz der Demokratie und der Freiheit] sollte im Mittelpunkt [der deutschen Außenpolitik] stehen. Aber was wollen wir dann mit China machen? Das interessiert die überhaupt nicht.“

Werte Union-Wähler in Berlin

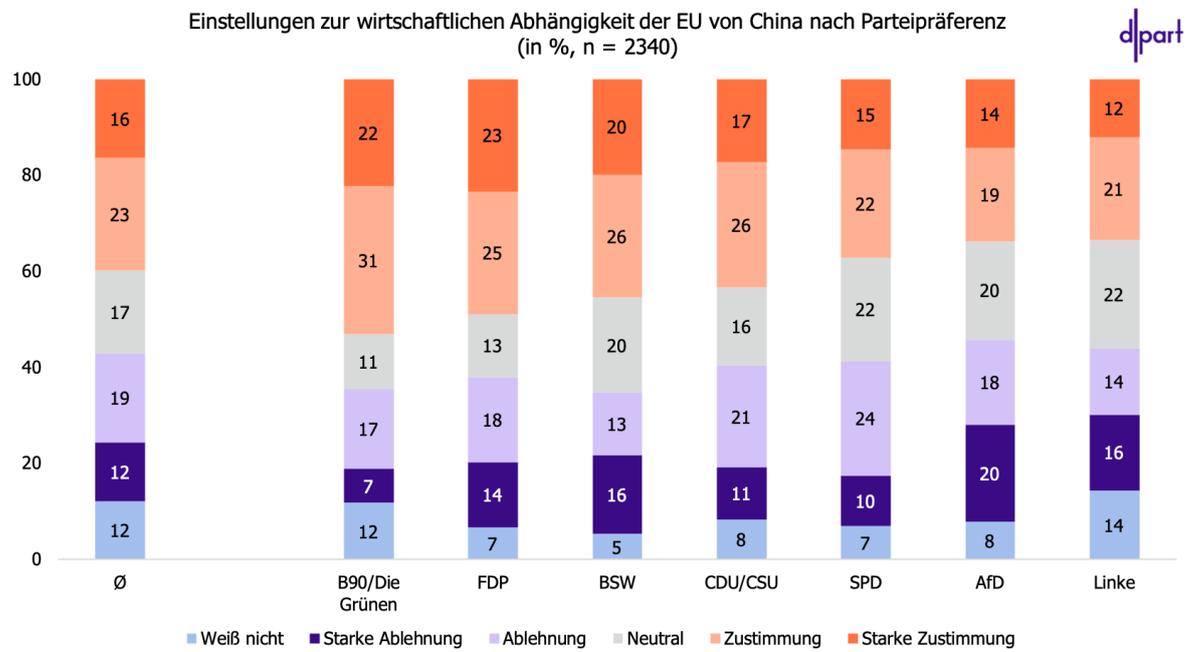
Breites Stimmungsbild bei geoökonomischen und klimapolitischen Fragen

Bei dem dazu passenden und konkreteren Aussagenpaar zur Geoökonomie kristallisierte sich vor allem in den Bevölkerungsgruppen ein weniger eindeutiges Bild heraus. Hier gab es ein sehr durchmischtes Stimmungsbild zu beiden Aussagen. Einige Teilnehmende wiesen darauf hin, dass aufgrund der Globalisierung und der internationalen Verflechtung der Volkswirtschaften, insbesondere im Hinblick auf Abhängigkeiten von Ländern wie China, Russland und den Golfstaaten, eine Reduzierung dieser Abhängigkeiten kaum möglich sei. Andere Teilnehmenden der Bevölkerungsgruppen äußerten jedoch Kritik, indem sie anmerkten, dass Deutschland nun höhere Energiepreise zahlen müsse, da kein Gas mehr aus Russland bezogen werde. Diese Kritik basierte auf zwei Argumenten: Zum einen ökonomisch, da dies zu einer spürbaren Verteuerung der Lebenshaltungskosten geführt habe, und zum anderen, dass die Energie nun aus ebenfalls autoritären Golfstaaten oder in Form von umweltbedenklichem Fracking-Gas aus den USA stamme.

Besonders in der durch die Inflation für viele angespannten wirtschaftlichen Lage wurde der Halbsatz „wenn dann z.B. Energiepreise oder Elektrogeräte hier teurer werden“ intensiv diskutiert. Hier lassen sich die Widersprüche gut erkennen: Viele Menschen befürworten grundsätzlich die eher abstrakte Aussage, dass der Schutz der Demokratie und der Freiheit im Zentrum der deutschen Außen- und Handelspolitik stehen sollten. Sobald jedoch die finanziellen Konsequenzen im eigenen Alltag spürbar werden, beeinflusst dies die Meinung stark.

Dieses diffuse Meinungsbild in Deutschland findet sich auch in den Umfragedaten wieder. Bei der Frage, ob die EU zu sehr von Ländern wie China abhängig sei und diese Abhängigkeit reduziert werden müsse, wird dieses breite Meinungsspektrum in Grafik 4 offensichtlich. Während 39 Prozent dieser Aussage zustimmen, findet sie bei einer ähnlich großen Gruppe mit 36 Prozent Ablehnung. Jede sechste Person in Deutschland positioniert sich dazu als neutral (17 Prozent) und 12 Prozent geben an, es nicht einschätzen zu können.

Grafik 4



Die Grafik basiert auf der abgefragten Aussage: „Die Wirtschaft der EU-Mitgliedsstaaten ist zu stark von Ländern wie China abhängig und die EU sollte ihre Wirtschaftsverbindungen mit derartigen Ländern reduzieren.“

Die Grafik verdeutlicht, wie unterschiedlich die Abhängigkeiten von Ländern wie China in Deutschland wahrgenommen werden. Es ist dabei bemerkenswert, dass hierbei - im Gegensatz zu allen anderen in der Studie präsentierten Umfrageergebnissen - die Unterschiede zwischen den Anhänger*innen der Parteien in Deutschland deutlich geringer ausfallen. Auch hier sind die Parteien wieder nach dem Anteil der Zustimmung zur Aussage geordnet, beginnend mit der höchsten Zustimmung. Die Abhängigkeit wird bei den Anhänger*innen der Grünen (Zustimmung 53 Prozent) und der FDP (48 Prozent) zwar besonders kritisch gesehen. Aber selbst bei den Anhänger*innen der AfD und der Linken (beide 33 Prozent Zustimmung) findet die Aussage noch bei jeder dritten Person Zustimmung.

Die Teilnehmenden der Gruppen der engagierten Öffentlichkeit stimmten der Aussage, dass Deutschland zu sehr von autoritären Staaten ökonomisch abhängig sei - im Gegensatz zu den Bevölkerungsgruppen - mehrheitlich zu; vor allem aus strategischen Gründen. Deutschland und die EU seien zu naiv in diese Abhängigkeiten geraten und müssten sich nun viel stärker um „De-risking“ bemühen. Besonders kritisch wurde dies im Zusammenhang mit Energieimporten aus Russland und der großen Abhängigkeit von Importen aus China gesehen. Mehrfach wurde das Szenario eines möglichen Angriffs Chinas auf Taiwan angesprochen, bei dem Deutschland und die EU nicht so einfach und unmittelbar reagieren könnten wie auf die russische Invasion der Ukraine, ohne dabei einen noch erheblich größeren volkswirtschaftlichen Schaden in Kauf zu nehmen.

Einige Teilnehmende der Gruppen der engagierten Öffentlichkeit widersprachen in den Diskussionsrunden explizit und mit Nachdruck der Nennung der Golfstaaten in diesem Zusammenhang, teilweise mit Verweis auf persönliche Berufserfahrungen. Außerdem wurde generell darauf hingewiesen, dass die Zahl der demokratischen Handelspartner*innen weltweit klein ist und tendenziell weiter abnehmen werde, sodass aus pragmatischen Gründen auch weiterhin viel Handel mit den als relativ verlässlich wahrgenommenen, aber ebenfalls autoritär regierten Golfstaaten betrieben werden solle.

„Wandel durch Handel“ findet keine Zustimmung

Das in der deutschen Außenpolitik langjährig vertretene Credo „Wandel durch Handel“ fand hingegen in keiner der Gruppen mehrheitliche Unterstützung. Besonders die Gruppen der engagierten Öffentlichkeit lehnten dieses Leitmotiv häufig ab, da es sich angesichts der Entwicklungen in den letzten Jahren als überholt und strategisch unklug herausgestellt hätte. Viele Teilnehmende in den Bevölkerungsgruppen äußerten hingegen Zweifel daran, dass Deutschland, im Gegensatz zu früheren Zeiten, überhaupt noch in der Lage sei, Einfluss auf große Staaten wie China oder Russland auszuüben.

Die Argumentationen fielen auch beim Aussagenpaar zur internationalen Rolle der deutschen Klimapolitik sehr ähnlich aus, bei dem in allen Gruppen kein Konsens gefunden wurde. Mehrfach wurde zwar der Wunsch geäußert, dass Deutschland eine Vorreiterrolle in der internationalen Klimapolitik einnehmen solle. Es wurden aber große Zweifel daran geäußert, was den Einfluss einer solchen deutschen Vorreiterrolle betrifft: Einerseits aufgrund des vermeintlich geringen internationalen Einflusses Deutschlands, andererseits argumentierten mehrere Teilnehmende in beiden Gruppen, dass es kurzfristig zu einem großen Standortnachteil für Deutschland werde, wenn die Umweltauflagen nur hier sehr hoch wären, wodurch deutsche Produkte im internationalen Vergleich deutlich teurer werden würden. Im Gegensatz zum ausgeprägten Wunsch nach einer aktiveren außenpolitischen Rolle Deutschlands im engeren Sinne zeigten sich viele Teilnehmende der Gruppe der engagierten Öffentlichkeit hierbei skeptisch gegenüber einer verstärkten und führenden internationalen Rolle Deutschlands in der Umwelt- und Klimapolitik. Grundsätzlich bestand wenig Vertrauen in die Fähigkeit Deutschlands, Klimapolitik international proaktiv zu gestalten – selbst bei den Teilnehmenden, die sich das eigentlich wünschten.

Breites Meinungsspektrum und wenig Konsens in zentralen Fragen der deutschen Außenpolitik

Zusammenfassend betrachtet stellt sich hinsichtlich der politischen Präferenzen und Wünsche für die deutsche Außenpolitik ein breites Meinungsspektrum und sehr unterschiedliche Positionen heraus. Nichtsdestotrotz gab es in den Diskussionsrunden auch einige Aussagen, die grundsätzlich auf breite Zustimmung stießen. So bestand ein klarer Konsens darüber, dass Deutschland international nicht im Alleingang handeln, sondern in enger Kooperation mit anderen Staaten agieren sollte. Ebenso wurde die Betonung des Schutzes von Demokratie und Freiheit als zentrale Motivation der deutschen Außenpolitik weitgehend geteilt. Eine passive Außenpolitik Deutschlands wurde hingegen mehrheitlich als weder realistische noch erstrebenswerte Option angesehen.

Andere Aussagen, wie die Forderung nach einer aktiveren deutschen Außenpolitik, insbesondere in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine, oder die Kritik an der Abhängigkeit von autoritären Staaten wie Russland oder China, fanden hingegen nur in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit mehrheitlich Zuspruch.

6 Fazit: Die öffentliche Resonanz auf die Zeitenwende zwischen Sorgen, Unsicherheit, Misstrauen und verfehlter Kommunikation

Diese Studie zur deutschen Außenpolitik im Kontext der Zeitenwende offenbart ein vielschichtiges Bild in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland. Sie zeigt dabei deutliche Unterschiede zwischen der allgemeinen Bevölkerung und einer in außenpolitischen Fragen engagierten Öffentlichkeit auf.

Viel Unwissen und vage Vorstellungen von der Zeitenwende

Grundsätzlich stellt sich als ein Ergebnis heraus, dass Außen- und Sicherheitspolitik für viele Menschen in der Bevölkerung als abstrakt und sehr fern von der eigenen Lebensrealität erscheinen. Im Hinblick auf die von Olaf Scholz im Februar 2022 ausgerufene Zeitenwende besteht in der Bevölkerung viel Unwissen und vage Vorstellungen darüber, worum es bei dem Begriff konkret geht. Viele Teilnehmende der engagierten Öffentlichkeit waren sich der unklaren Verortung des Begriffs in der Bevölkerung bewusst und führten dies auf die als unzureichend empfundene Kommunikation der Zeitenwende zurück. Dies betraf sowohl die Erklärung der strategischen Ziele als auch die Einbindung der Bevölkerung in diesen Prozess.

Pessimismus, Krisenmüdigkeit und politisches Misstrauen als Hürden (der Kommunikation) der Zeitenwende

Insgesamt prägt eine pessimistische Stimmung in Deutschland, die von Kriegen, Unsicherheit und vor allem ökonomischen Sorgen gekennzeichnet ist, die Wahrnehmung der geopolitischen Herausforderungen im Kontext der Zeitenwende. Im Mittelpunkt stehen dabei Sorgen um Frieden und Sicherheit sowie die von vielen Teilnehmenden geäußerte Auffassung, dass Deutschland auf der internationalen Bühne – sowohl außenpolitisch als auch ökonomisch – zunehmend eine weniger relevante Rolle einnehme.

Für die allgemeine Bevölkerung wird der Begriff „Zeitenwende“ oft eher als allgemeine Beschreibung der zahlreichen Krisen der letzten Jahre verstanden. Es herrscht ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber der Fähigkeit der Regierung, eine derart tiefgreifende Wende tatsächlich umsetzen zu können. Dieses Misstrauen wird durch eine allgemeine Krisenmüdigkeit und Unzufriedenheit mit dem bisherigen Krisenmanagement verstärkt.

Aufgrund der vergangenen Vielfachkrisen und des mehrfach als negativ bewerteten Krisenmanagements sind viele Menschen skeptisch, ob Deutschland in der Lage sei, die Zeitenwende zu bewerkstelligen und international wieder eine bedeutendere Rolle zu spielen. Viele sind der Überzeugung, dass das Land nicht gut aufgestellt sei, um diesen internationalen Herausforderungen zu begegnen.

Engagierte Öffentlichkeit fordert eine aktivere und strategischere Außenpolitik

Im Gegensatz dazu fordert die große Mehrheit der engagierten Öffentlichkeit eine strategischere und eindeutiger Haltung Deutschlands in Bezug auf die großen außen- und sicherheitspolitischen Themen. Dabei wird insbesondere die mangelnde Handlungsfähigkeit und ein fehlender Handlungswille Deutschlands und der EU kritisiert. Konkret werden die fehlenden strukturellen und militärischen Kapazitäten sowie die unklare und wenig geeinte Position der EU in außenpolitischen Fragen bemängelt. Sie fordern eine wesentlich aktivere Rolle Deutschlands auf der internationalen Bühne und betrachten die im Zuge der Zeitenwende angestrebte Neuausrichtung der Bundeswehr sowie eine energischere und stärkere Außenpolitik als überfällig. Dies gilt insbesondere im Umgang mit der Ukraine, Russland und der Volksrepublik China.

Geringer Konsens bei zentralen außen- und sicherheitspolitischen Themen in der Bevölkerung

Bei zentralen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik stellt sich in den allgemeinen Bevölkerungsgruppen aufgrund des breiten Meinungsbildes weniger Konsens als bei den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit heraus. Zwar war es beispielsweise in beiden Gruppen mehrheitsfähig, dass Deutschland eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Partner*innen, insbesondere in Europa, verfolgen sollte. Ein außenpolitischer Sonderweg Deutschlands wurde dabei jedoch mehrheitlich nur in den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit abgelehnt.

Beide Gruppen erkennen auch die Bedeutung des Schutzes der Demokratie und der Freiheit in der deutschen Außenpolitik an. Vor allem in den Bevölkerungsgruppen hatten jedoch einige Schwierigkeiten, eine klare Priorität zwischen den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und dem Schutz dieser Werte zu setzen.

Bei der Frage der Ausrichtung der deutschen Außenpolitik plädierten auch nur die Gruppen der engagierten Öffentlichkeit mehrheitlich für eine aktivere Rolle Deutschlands, insbesondere in Bezug auf eine stärkere Unterstützung der Ukraine. In den allgemeinen Bevölkerungsgruppen wurde eine passivere Außenpolitik zwar überwiegend abgelehnt, eine aktivere Unterstützung der Ukraine löste aber gemischte Reaktionen aus, bei denen vor allem Ängste vor militärischen Eskalationen angeführt wurden.

Diese Ambivalenz in den Ansichten der allgemeinen Bevölkerung zeigt sich auch im Beispiel der Handelsbeziehungen mit autoritären Staaten wie China und Russland. Einige befürworteten den wirtschaftlichen Nutzen oder die Notwendigkeit solcher Beziehungen, während andere vor den Risiken einer zu großen Abhängigkeit warnten. In den Gruppen der engagierten Öffentlichkeit wurde dabei mit Nachdruck auf mehrere geoökonomischen Risiken und die Notwendigkeit eines „De-Risking“ der deutschen und europäischen Handelsbeziehungen hingewiesen.

Die Bevölkerung betrachtet außenpolitische Herausforderungen nicht isoliert von der Innenpolitik und Problemen in Deutschland

Eine große Diskrepanz zwischen der allgemeinen Bevölkerung und der engagierten Öffentlichkeit zeichnet sich im Kontext der Zeitenwende besonders in der Wahrnehmung des Verhältnisses zwischen Innen- und Außenpolitik ab, insbesondere hinsichtlich der Sorgen und Ängste der Bevölkerung. Die Teilnehmenden der Gruppen der engagierten Öffentlichkeit priorisierten außen- und sicherheitspolitische Themen und forderten im Gegensatz zur allgemeinen Bevölkerung mehrfach mehr Investitionen in die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Zugleich kritisierten sie explizit die aus ihrer Sicht in der Bevölkerung sehr verbreitete Vermischung von innen- und außenpolitischen Themen. Es wurde sinngemäß kritisiert, dass die neue geopolitische Realität noch nicht ausreichend in der breiten Bevölkerung angekommen sei. Obwohl die Menschen in Deutschland die Auswirkungen bereits spürten, hätten sie die umfassende Tragweite dieser neuen Realität noch nicht vollständig begriffen. Es wurde dabei selten der Versuch unternommen, die Ansichten der allgemeinen Bevölkerung nachzuvollziehen.

Für viele Teilnehmenden der allgemeinen Bevölkerungsgruppen bestand in der Tat keine klare Trennung zwischen Außen- und Innenpolitik. Aufgrund der vielfach wahrgenommenen Missstände und innenpolitischen Probleme in Deutschland wurde eine aktivere und finanziell aufwändigere Außenpolitik wiederholt infrage gestellt und im Vergleich zu direkten Investitionen in die Bildung oder die öffentliche Infrastruktur in Deutschland als weniger prioritär angesehen.

Gründe für die bisher geringe Resonanz der Zeitenwende in der Bevölkerung

Die Gründe dafür, warum das Ausrufen der Zeitenwende durch Bundeskanzler Scholz bei vielen Menschen in Deutschland entweder grundsätzlich bisher wenig Resonanz gefunden hat oder viele einer weitreichenden Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik kritisch oder skeptisch gegenüberstehen, sind vielfältig. Einerseits resultieren diese Gründe aus der Kombination weit verbreiteter Sorgen, großer Unsicherheit und vielfältiger Krisenerfahrungen in der Bevölkerung, gepaart mit starkem Misstrauen gegenüber den politischen Entscheidungsträger*innen, denen oft die Umsetzung großer und umfassender Veränderungen nicht zugetraut werden. Andererseits hat die Kommunikation der Zeitenwende ihr Ziel in Bezug auf die Vermittlung ihrer Bedeutung verfehlt, unter anderem deswegen, weil der Großteil der Menschen nicht nur in einer rein außenpolitisch geprägten Logik über die Zeitenwende denkt.

Der für viele Menschen bestehende Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik im öffentlichen Diskurs muss daher ernsthaft berücksichtigt und kommunikativ stärker aufgegriffen werden. Ein reines Erklären und Begründen davon, warum gewisse außenpolitische Maßnahmen und Schritte gesetzt werden müssen, reicht nicht aus, um viele Menschen von der Notwendigkeit bzw. Priorität dieser zu überzeugen. Vertreter*innen der engagierten Öffentlichkeit und politische Entscheidungsträger*innen sollten deshalb stärker hinterfragen, ob sie mehr Anstrengungen unternehmen sollten, um die Ansichten der breiteren Bevölkerung besser zu verstehen und so einen konstruktiveren Dialog führen zu können.

Hintergrund der Studie

Die Studie basiert auf einer Kombination aus qualitativen Fokusgruppen und quantitativen Umfragedaten und liefert so ein umfassendes Bild der öffentlichen Meinung zur Zeitenwende in Deutschland.

Im Zeitraum vom 1. März bis 30. April 2024 wurden insgesamt zwölf Fokusgruppen in verschiedenen deutschen Städten durchgeführt, an denen rund 70 Personen teilnahmen. Die allgemeine Bevölkerung wurde nach demografischen Kriterien wie Alter, Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz gemischt, während die engagierte Öffentlichkeit nach Selbstrekrutierung ausgewählt wurde. Die Diskussionen fanden im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Zeitenwende vor deiner Haustür“ statt.

Zusätzlich wurden die qualitativen Erkenntnisse aus den Fokusgruppen mit den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage kombiniert, die d|part zwischen dem 10. April und dem 2. Mai 2024 in acht EU-Mitgliedstaaten durchgeführt hat. Diese Umfrage erfasste die Sorgen, Krisenwahrnehmungen und politischen Einstellungen in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Polen, Rumänien und Schweden. In Deutschland umfasste die Stichprobe 2.344 Personen.

Bibliographie

Baus, Ralf T. (2022): Zeitenwende? Zur sicherheitspolitischen Debatte. Die politische Meinung. Konrad-Adenauer-Stiftung. Abrufbar unter: https://www.kas.de/documents/258927/20387703/DPM+576_Gesamtdatei_Web_1.pdf/79546f95-fc35-abc9-1f24-315f4ea25142?t=1664979493083. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Blumenau, Bernhard (2022): Breaking with convention? Zeitenwende and the traditional pillars of German foreign policy. *International Affairs* (98:6), 1895–1913. Abrufbar unter: <https://academic.oup.com/ia/article/98/6/1895/6754148>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Bunde, Tobias (2022): Lessons (to be) learned? Germany's Zeitenwende and European security after the Russian invasion of Ukraine. *Contemporary Security Policy* (43:3). Abrufbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/13523260.2022.2092820>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Dellheim, Judith (2023): Die Herstellung der „Zeitenwende“. Zur gesellschaftspolitischen Rolle des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI). ONLINE-Studie 10/2023 der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Abrufbar unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Onl-Studie_10-23_Kampfpolitik.pdf. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Dienes, Alexandra und Christos Katsioulis (2022): Zeitenwende. Russlands Krieg als Wendepunkt in der öffentlichen Meinung Deutschlands. FES Regionalbüro für Internationale Zusammenarbeit. Abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/19435.pdf>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Dienes, Alexandra, Weiß Simon und Christos Katsioulis (2023): Zeitenwende im Kopf. Kontinuität und Wandel in der deutschen öffentlichen Meinung. FES Regionalbüro für Internationale Zusammenarbeit. Abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/20095.pdf>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Eilers, Neele, Tobias Spöri und Jan Eichhorn (2024): United In A Bleak Outlook – Concerns, Crises, and Right-Wing Views Ahead of the 2024 EU Elections. d|part. Abrufbar unter: http://wordpress.dpart.org/wp-content/uploads/2024/06/United-In-A-Bleak-Outlook_Full-Report.pdf. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Graf, Timo (2024): Was bleibt von der Zeitenwende in den Köpfen? Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2023. Forschungsbericht 136. Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr. Abrufbar unter: <https://zms.bundeswehr.de/resource/blob/5744428/f4c19a3180e6a1e0b-403d2cc5e8349e8/zmsbw-forschungsbericht-136-bevbefragung-2023-data.pdf>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Hüther, Michael, Hubertus Bardt, Cornelius Baehr, Jürgen Matthes, Klaus-Heiner Röhl, Christian Rusche und Thilo Schaefer (2023): Industriepolitik in der Zeitenwende. IW Policy Paper 09/2023. Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Abrufbar unter: <https://www.iwkoeln.de/studien/michael-huether-hubertus-bardt-cornelius-baehr-juergen-matthes-klaus-heiner-roehl-christian-rusche-thilo-schaefer-industriepolitik-in-der-zeitenwende.html>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Kaim, Markus und Ronja Kempin (2024): Die Neuvermessung der amerikanisch-europäischen Sicherheitsbeziehungen. Von Zeitenwende zu Zeitenwende. SWP-Studie 15. Abrufbar unter: https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2024S15_sicherheitsbeziehungen_usa_europa.pdf. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Krebs, Tom (2023): Zeitenwende: Wie wir unsere Wirtschaft und das Klima retten. FES diskurs. Abrufbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20716.pdf>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Mader, Matthias und Harald Schoen (2023): No Zeitenwende (yet): Early Assessment of German Public Opinion Toward Foreign and Defense Policy After Russia's Invasion of Ukraine. Politische Vierteljahresschrift (64), 525–547. Abrufbar unter: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11615-023-00463-5>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Mau, Steffen, Thomas Lux und Linus Westheuser (2023): Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Warum Gendersternchen und Lastenfahrräder so viele Menschen triggern. Suhrkamp Verlag.

Mello, Patrick A. (2024): Zeitenwende: German Foreign Policy Change in the Wake of Russia's War Against Ukraine. Politics and Governance (12). Abrufbar unter: <https://www.cogitativpress.com/politicsandgovernance/article/view/7346>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Pistorius, Boris (2023): Rede auf der Jahrestagung der Reserve der Bundeswehr. Abrufbar unter: <https://www.reservistenverband.de/magazin-die-reserve/jahrestagung-reserve-2023/>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Tallis, Benjamin (2024): The End of the Zeitenwende. Reflections After Two Years of Action Group Zeitenwende. German Council on Foreign Relations. Abrufbar unter: <https://dgap.org/en/research/publications/end-zeitenwende>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Wolff, Guntram B., Alexandr Burilkov, Katelyn Bushnell und Ivan Kharitonov (2024): Fit for war in decades: Europe's and Germany's slow rearmament vis-à-vis Russia. Kiel Report No. 1. Kiel Institut für Weltwirtschaft. Abrufbar unter: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/kriegstuechtig-in-jahrzehnten-europas-und-deutschlands-langsame-aufruestung-gegenueber-russland-33235/>. (Letzter Aufruf am 16. September 2024)

Autoren

Tobias Spöri

Dr. Tobias Spöri ist Senior Research Fellow bei d|part. Neben seiner Tätigkeit bei d|part lehrt er am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Er studierte Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt und der Universität Wien. Seinen PhD erhielt er von der Universität Wien und war unter anderem Research Fellow am Institut für Höhere Studien in Wien sowie am German Marshall Fund of the United States.

Jan Eichhorn

Dr. Jan Eichhorn ist Mitgründer, Partner und Forschungsdirektor von d|part. Neben seiner Tätigkeit bei d|part ist er auch Dozent (Senior Lecturer) für Sozialpolitik an der University of Edinburgh. Er hat einen Bachelor in Integrated Social Sciences von der Jacobs University Bremen und einen PhD in Soziologie von der University of Edinburgh.

d|part ist ein gemeinnütziger, unabhängiger und überparteilicher Think Tank in Berlin. Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht die Forschung und Förderung unterschiedlicher Formen politischer Teilhabe.

Mit unserer Forschung wollen wir zu einer demokratischen Gesellschaft beitragen, in der alle Menschen ihre Meinung äußern sowie an politischen Prozessen teilnehmen und diese mitgestalten können. Daher ist es unser Ziel, politisches Engagement besser zu verstehen, zu stärken und zu fördern. Ein grundlegendes Verständnis dafür, wie sich die öffentliche Meinung zu gesellschaftspolitischen Fragen positioniert und worauf diese Positionen basieren, ist dabei besonders wichtig.

Wir arbeiten mit evidenzbasierter Forschung und wissenschaftlicher Expertise, um neue Erkenntnisse zu gewinnen, die politische und gesellschaftliche Debatten informieren und aktiv an verschiedene Zielgruppen zu vermitteln. Zu diesen Zielgruppen zählen staatliche Institutionen, Politiker*innen und politische Parteien ebenso wie zivilgesellschaftliche Organisationen, die Medien und die öffentliche Verwaltung. Besonders wichtig ist uns der Austausch mit sozialen Gruppen, die von der Politik sonst seltener oder schwieriger erreicht werden.

Kontakt

d|part Forschung für politische Partizipation

www.dpart.org
info@dpart.org

Skalitzer Str. 33
10999 Berlin